

Die politische und kirchliche Situation Südamerikas in den 1970er Jahren

Die politische Situation

Die Militärdiktaturen Chiles (seit 1973) und Argentiniens (seit 1976) standen mit ihren massiven Menschenrechtsverletzungen und der unnachgiebigen Verfolgung Andersdenkender auch noch 1979 im Blickpunkt der Weltöffentlichkeit. Aber ebenso das vom Ehepaar von Bismarck besuchte Peru (seit 1968) und Bolivien (seit 1964) wurde von Militärdiktaturen geführt. Zum Zeitpunkt der Reise 1979 regierte in Kolumbien eine liberale Regierung und in Mexiko war nach den heftigen Unruhen von 1968 die seit 1946 regierende Partido Revolucionario Institucional (PRI) angeschlagen, aber immer noch allein regierende Partei.

Unabhängigkeit

Die Staaten Lateinamerikas hatten in den ersten zwei Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts die Unabhängigkeit von Spanien bzw. Portugal erreicht. Nach der Unabhängigkeit richteten sich die Anstrengungen der Länder darauf, die sozialen, politischen und wirtschaftlichen Strukturen zu ändern und auf diesen Gebieten Reformen durchzuführen, Bestrebungen, die früher oder später verhindert oder abgebrochen wurden durch Bürgerkriege, kriegerische Auseinandersetzungen mit Nachbarstaaten (Rohstoffvorkommen) oder durch rasch aufeinanderfolgende Regierungswechsel aufgrund von Misswirtschaft der Staatsführung und Korruption. Militärdiktaturen (sogenannte Diktaturen der Nationalen Sicherheit) oder Militärregierungen wechselten sich mit zivilen Regierungen (sogenannte autoritär-liberale Demokratien) bis weit ins 20. Jahrhundert hinein ab. Die Erträge aus dem Rohstoffhandel der jeweiligen Länder (Erdöl, Guano, Zinn, Kupfer oder andere wertvolle Metalle) wurden zwar für die Modernisierung der Staaten verwendet, aber auch diese Strukturverbesserungen konnten nicht kontinuierlich fortgesetzt werden, weil Korruption, Kapitalflucht und Bürgerkriege wesentliche Geldmengen abschöpften.

Ungelöste soziale Probleme

Die Lage der bäuerlichen Gesellschaft verbesserte sich kaum, sie blieb überwiegend schlecht und der Zustrom von Arbeitsmigranten in die schnell wachsenden Städte nahm ebenso kontinuierlich zu wie die Ungleichheit in der Bevölkerung. Landreformen wurden nicht oder nur halbherzig durchgeführt. Ein großes Problem der südamerikanischen Staaten, hier vor allem Kolumbien und Peru, war und ist der Drogenanbau, der Teilen der armen bäuerlichen Bevölkerung ein sicheres Einkommen verschafft hat und nach wie vor verschafft.

Drogenhandel, Drogenmafia und die damit verbundenen sozialen Schäden an der Gesellschaft und die Macht der Drogenkartelle, die bis in die Spitzen des politischen Establishments reicht, sorgen für eine instabile politische Situation in den südamerikanischen Staaten.

Die Liberalisierung des Marktes in Lateinamerika brachte auf der einen Seite eine Reduzierung der sozialen Aufgaben durch den Staat und eine Vergrößerung des Polizei- und Armeeapparates auf der anderen Seite. Das in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts entstandene „Christentum der Befreiung“ (noch ehe eine „Befreiungstheologie“ entwickelt wurde) wandte sich der Unterdrückung innerhalb demokratischer Verhältnisse, der Spaltung der Gesellschaft in Arm und Reich, den Menschenrechten, den zerstörerischen Auswirkungen der kapitalistischen Wirtschaft und anderen aktuellen Fragen in Lateinamerika zu.

Die kirchliche Situation

Die Eroberung Mittel- und Südamerikas, auch als „geistige Conquista“ bezeichnet, war eng verwoben mit der christlichen Mission. Die Eroberung der Länder geschah nicht nur zur „Rettung der Seelen“, sondern auch zur Sicherung von Besitz und Macht, wozu die Kirche mit der spanischen und portugiesischen Krone eine enge Verbindung einging.

Nach der Befreiung von den Kolonialmächten änderte sich dieses Verhältnis von Politik und Kirche in den einzelnen lateinamerikanischen Staaten, die Kirche spielte entweder weiterhin eine sehr wichtige Rolle im Staat oder sie wurde weitgehend ins Privatleben der Menschen verlagert. Die einzelnen Staaten führten die Trennung von Staat und Kirche zu unterschiedlichen Zeiten ein, Chile 1925, Bolivien mit der neuen Verfassung von 2009.

Aus der geschichtlichen Entwicklung erklärt sich, dass die Bevölkerung Mexikos und Südamerikas zum größten Teil katholisch ist (Mexiko knapp 83%, Peru \approx 81%, Kolumbien \approx 90%, Bolivien \approx 78%). Protestanten und Evangelikale machen zwischen sieben und neunzehn Prozent aus. Die katholische Kirche Lateinamerikas mit etwa 440 Millionen Mitgliedern und über 1.000 Bischöfen, mehr als 60.000 Priestern und fast 30.000 Einrichtungen wie Krankenhäusern, Kindergärten, Schulen und Universitäten gilt als die „größte und bestorganisierte zivilgesellschaftliche Akteur in Lateinamerika und in der Karibik“. (Straßner in Lateinamerika Nachrichten 2010).

Ambivalent ist das Verhältnis der katholischen Kirche beziehungsweise einzelner Bischöfe zu den Militärdiktaturen Lateinamerikas. Bischöfe verweigerten sich Forderungen der Militärregierungen wie in Chile (Dankgottesdienst zum Jahrestag der Regierungsübernahme

1973). Andere Bischöfe schwiegen zu den Menschenrechtsverletzungen oder unterstützten das Regime wie in Argentinien. Bischöfe und Padres wurden Opfer von Anschlägen.

Siehe Bibliografie: Straßner, Veit: Ein ambivalentes Verhältnis. Religion und Macht in Lateinamerika – ein historischer Überblick, in: Lateinamerika Nachrichten 437, November 2010. Online-Ressource: <http://lateinamerikanachrichten.de/index.php?/artikel/3962.html> [05.05.2014]
Lessmann, Robert: „Zum Beispiel: Bolivien“, Göttingen, 2004; Goedeking, Ulrich; Eleonore von Oertzen: Peru. 3. völlig neubearb. Aufl., München 2004 und weitere Literatur.